

Beschluss

Sitzung des Landrates vom Mittwoch, 31. August 2016

§ 238

Motion BDP-Fraktion „Jugendparlament“

(Bericht Regierungsrat, 7.7.2016)

Martin Landolt, Näfels, Unterzeichner, beantragt die Überweisung als Motion. – Der Regierungsrat schreibt, er teile die positive Haltung gegenüber einem Jugendparlament. Er will ein solches jedoch der Eigeninitiative der Jugendlichen überlassen. Das ist eine Haltung, die grundsätzlich erfreulich ist und in ganz vielen anderen Bereichen wünschenswert wäre. In diesem spezifischen Fall signalisiert sie jedoch eher Halbherzigkeit und wenig Tatendrang. Die Motion verlangt nicht die Einführung eines Jugendparlaments. Vielmehr soll die Regierung die Grundlagen ausarbeiten und dem Landrat präsentieren. Dieser kann dann darüber befinden, ob ein Jugendparlament realisiert werden soll. Die Erarbeitung solcher Grundlagen ist klar eine Aufgabe der politischen Führung. Es ist erst im Anschluss Sache der Betroffenen, diese Grundlagen auch mit Leben zu füllen.

Landammann *Rolf Widmer* beantragt namens des Regierungsrates die Überweisung der Motion als Postulat. – Die Initianten des Projekts selber sind mit dem vorgeschlagenen Vorgehen einverstanden. Man hat ihnen im Übrigen inzwischen einen Beitrag von 2500 Franken gewährt. Es sollen zuerst Erfahrungen gesammelt und die Entwicklungen abgewartet werden. Dann kann entschieden werden, ob und wie ein Jugendparlament institutionalisiert werden soll. Die Initiative der Jugendlichen soll nicht gebremst werden, indem man von oben herab irgendetwas verordnet, mit dem die Initianten dann allenfalls gar nicht einverstanden sind. Im Rahmen des Postulats besteht die Möglichkeit, später über eine Institutionalisierung zu sprechen. Dann werden mehr Anhaltspunkte und Erfahrungswerte vorhanden sein.

Abstimmung: Der Antrag des Regierungsrates obsiegt über den Antrag Landolt. Die Motion wird als Postulat überwiesen.